
Klaus Lang

Die größere Chance oder das kleinere Übel? Gewerkschaften und Bundestagswahlkampf 2002



Dr. Klaus Lang, geb. 1943 in Iglau, Studium der Theologie, Psychologie und Philosophie in Graz, Wien und Bonn, arbeitet seit 1979 beim Vorstand der IG Metall. Bis 1981 war er Leiter der Pressestelle, bis 1993 Leiter der Abteilung Tarifpolitik, seitdem leitet er die Abteilung Erster Vorsitzender, Koordinierung, Politische Planung.

Ende März 2002 sind die Ergebnisse einer Erhebung der überparteilichen Initiative „Perspektive Deutschland“ veröffentlicht worden.¹ Ein zentrales Ergebnis: Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht den Staat bei der Schulbildung, der sozialen Absicherung, der Altersvorsorge und nicht zuletzt bei dem Angebot und der Sicherheit von Arbeitsplätzen in der Pflicht (zwischen 93 und 64 Prozent). Aber nur ein Bruchteil von ihnen ist mit der Leistung des Staates zufrieden, am wenigsten bei Altersvorsorge und Arbeitsplätzen (8 bzw. 7 Prozent). Die repräsentative Befragung im Rahmen der IG Metall-Zukunftsdebatte vom Mai 2001² zeigt nicht nur, dass die große Mehrheit annimmt, die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer (78 Prozent), sondern 60 Prozent sind auch davon überzeugt, dass die Verteilung bei Einkommen und Vermögen ungerechter geworden ist.

Diese Ergebnisse müssten die SPD nach vier Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung erschrecken und alarmieren. Denn *hier* liegen die wirklichen Stolpersteine auf dem Weg zu einem erneuten Wahlsieg und nicht in kritischen Anmerkungen aus den Gewerkschaften zur Regierungspolitik. Nicht der Überbringer der schlechten Nachricht ist das Problem, sondern die schlechte Nachricht selbst!

Selbstverständlich melden sich die Gewerkschaften auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 zu Wort. Sie ziehen Bilanz der Regierungs- und Oppositionspolitik anhand von Maßstäben, die sie selbst aufgestellt haben. Anders als die Regierung dürfen Gewerkschaften dabei, auch wenn eine Regierung ihnen prinzipiell nahe steht, das Erreichte nicht mit dem Erreichbaren gleichsetzen. Kritiklose Bejahung der Regierungspolitik würde die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit unglaubwürdig und ihr Engagement in der jeweils aktuellen Wahlauseinandersetzung wertlos machen. Die Grenzen des

1 Perspektive Deutschland, Internet-Publikation, März 2002.

2 IG Metall-Zukunftsreport, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M. 2001.

Machbaren und die Bedingungen für Kompromisse stehen in einer demokratischen Gesellschaft nicht von vornherein statisch fest, sondern sind das Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischen Drucks. Ihn im Interesse ihrer Mitglieder auszuüben, ist auch Teil des politischen Mandats der Gewerkschaften.

Wahlen entscheiden

1998 haben sich die Gewerkschaften für einen Politikwechsel engagiert. In den 16 Jahren Kohlscher Politik baute der Neoliberalismus seine Hegemonie aus. Die Wirtschaft sollte von politischen und sozialen Regeln befreit, die Kosten der Arbeit und der sozialen Sicherung sollten gesenkt werden. Das seien die Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand. In Wirklichkeit hat diese Politik versagt. Höhere Arbeitslosigkeit und weniger soziale Gerechtigkeit waren die Folgen. Die neoliberale Position bestimmt dennoch die Wirtschaftswissenschaft, die Publizistik und die Politikberatung - z.B. wirtschaftswissenschaftliche Institute, Sachverständigenrat - auch heute noch bis auf wenige Ausnahmen.

Es ist kein Mangel an Realismus, wenn gerade Gewerkschaften angesichts der Ökonomisierung aller Gesellschafts- und Lebensbereiche, der ungleichen Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen und der fortgesetzten Deregulierung und Privatisierung im Rahmen der Binnenmarktstrategie der EU-Kommission, über den alltäglichen Pragmatismus hinaus von einer künftigen Regierung Konzepte zur Gestaltung fundamentaler Zukunfts- und Gerechtigkeitsfragen erwarten.

Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts muss die Macht der Märkte begrenzen und die Rechte der Menschen stärken - aufgrund ethischer Verantwortung, durch demokratische Kontrolle, durch soziale und ökologische Regeln.

Politikverdrossenheit und fehlende Alternativen zwischen den Volksparteien drohen zur Wahlenthaltung in der Arbeitnehmerschaft zu führen. Darauf müssen Gewerkschaften hinweisen.

Trotz weltweiter wirtschaftlicher Verflechtungen fallen wichtige Entscheidungen unverändert in den einzelnen Staaten durch nationale Parlamente und Regierungen.

Darum sind Wahlentscheidung und Wahlbeteiligung wichtig. Darum müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und ihre Stimme einsetzen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Eine nüchterne Bilanz

Die Bilanz der Gewerkschaften über Regierungs- und Oppositionspolitik ist glaubwürdig, wenn sie ehrlich ist und die Maßstäbe in der Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ aus dem Jahr 1998 nicht vergisst.

Die Arbeit der *Bundesregierung ist zwiespältig zu beurteilen*. Auf der einen Seite sind wichtige Fortschritte im Vergleich zur Regierungszeit Helmut Kohls unbestritten. Angefangen bei den „Rücknahmegesetzen“ - Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Krankenversicherung - über die Regelung der 630-DM-Jobs, die Einschränkung der Scheinselbständigkeit, den Rechtsanspruch auf Teilzeit, die Reform der Betriebsverfassung und das Job-Aktiv-Gesetz geht vieles in die richtige Richtung. Die soziale Regelung der Arbeitsverhältnisse ist verbessert, die Mitbestimmung im Betrieb ausgeweitet worden. In diesen Bereichen stimmt

die grundsätzliche Richtung und es ist dem notwendigen Kompromiss geschuldet, dass die Gesetze nicht so weit gehen, wie es die Gewerkschaften gern gesehen hätten. Insofern haben Bundesregierung und insbesondere die SPD-Bundestagsfraktion gute Arbeit geleistet. Denn viele gewerkschaftliche Vorstellungen sind im Detail über die Fraktion eingebracht und dann in Gesetze umgesetzt worden.

Aber in den Kernbereichen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit bleiben gravierende Defizite. Dies gilt für die Politik in den Bereichen Haushalt, Steuern und soziale Sicherungssysteme. Die Grundrichtung geht hier auf die steuerliche Entlastung der Unternehmen und die deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes, die forcierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter Inkaufnahme geringer öffentlicher Investitionen und die Teilprivatisierung der Alterssicherung zur Entlastung der Unternehmen von Abgaben. Hier unterscheidet sich die Grundrichtung der meisten der im Bundestag vertretenen Parteien nur minimal. Diese Ausrichtung ist mittlerweile auch die Überzeugung fast aller Parteien der europäischen Sozialdemokratie. Hier liegt - anders als bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und der Mitbestimmung - der Unterschied zwischen Regierung und Opposition nicht in der grundsätzlichen Ausrichtung, sondern in der Ausformung der Politik: Unbestritten ist die Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen, und die Besserstellung von Kindern sowie die Familienförderung sind wichtige Teile der rot-grünen Steuerpolitik. Die Senkung der Unternehmenssteuer und des Spitzensteuersatzes und die Teilprivatisierung der Altersversorgung wäre bei der Union weiter gegangen. Aber es ist einfach Tatsache, dass Spitzeneinkommen deutlicher entlastet wurden als Durchschnittseinkommen und damit die Belastungsunterschiede zwischen diesen Einkommensgruppen vergrößert wurden. Das versteht man gemeinhin unter Gerechtigkeitslücke.³ Wenn diese Sachverhalte Ausweis größerer Steuergerechtigkeit sein sollen, dann gibt es wohl zwischen Gewerkschaften und Teilen der SPD äußerst unterschiedliche „Gerechtigkeitsvorstellungen“. Ich denke, dass hier ein grundsätzliches Problem steckt, das weit über die Steuerpolitik hinausreicht.

Das politische Urteil über die Unionsparteien in der Opposition ist einfach und eindeutig: Ihre Politik steht in zentralen Punkten in klarem Gegensatz zu Arbeitnehmerinteressen und Gewerkschaftsforderungen. Das gilt sowohl für die Taten in der Vergangenheit als auch für die Aussagen über die Zukunft. Die Opposition hat keine überzeugenden und in sich schlüssigen Alternativen zur Regierungspolitik gezeigt. Und dort, wo konzeptionelle Ansätze erkennbar sind, weisen sie aus der Sicht der Gewerkschaften eindeutig in die falsche Richtung.

In der Steuerpolitik, bei der Rentenreform, in der Haushaltspolitik war die Opposition zeitweise ein vielstimmiger, allerdings äußerst dissonanter Chor. Die Grundmelodie war aber immer erkennbar: neoliberale Konzepte der Entlastung der Unternehmen von Steuern und Sozialabgaben, der Deregulierung bei Arbeitsverhältnissen, Tarifverträgen und Mitbestimmung sowie der Teilprivatisierung sozialer Risiken zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3 In den Unterlagen des Bundesministeriums der Finanzen wird zwar pauschal behauptet, dass das Steuersystem „gerechter“ geworden sei (BMF-Papier vom Dezember 2001). Der Beweis dafür wird schuldig geblieben. Ein Papier aus der SPD-Bundestagsfraktion zur Widerlegung eines Artikels in der metall-zeitung (1-2/2002) weist als „korrigierte Zahlen“ aus, dass nach der Steuerschätzung von November 2001 der Anteil der Lohnsteuern von 23,1 Prozent auf 23,0 Prozent zurückgeht, der Anteil der „Gewinnsteuern“ dagegen von 22,4 Prozent auf 19,1 Prozent und der Anteil der „Verbrauchssteuern“ - die auch primär Arbeitnehmerhaushalte belasten! - von 44,4 Prozent auf 47,3 Prozent steigt.

Das wichtigste programmatische Dokument aus der Oppositionszeit, der Bericht der Präsidiumskommission „Neue soziale Marktwirtschaft“, ist in Analyse und Gestaltungsvorschlägen eindeutig: Das Steuer- und Abgabensystem - immerhin Produkt von vier Legislaturperioden unter Helmut Kohl - wird als „abschreckend“ qualifiziert, das Arbeits- und Tarifrecht in die „Beschäftigungshemmnisse am Arbeitsmarkt“ eingeordnet. Und im „Gestaltungsteil“ des Berichts wird ein Spitzensteuersatz von 35 Prozent gefordert, die Beseitigung des Tarifvorrangs zugunsten betrieblicher Lösungen, der Abbau des Kündigungsschutzes, die Verlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse ebenso wie von Leiharbeitsverhältnissen und die drastische Ausweitung des Niedriglohnbereichs vorgeschlagen. In den parlamentarischen Aktivitäten der Opposition werden diese Punkte aufgegriffen und zugespitzt: „Notwendig ist vor allem die Rücknahme des allgemeinen Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, die Neuregelung von befristeten Arbeitsverhältnissen sowie der kostentreibenden Elemente der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Darüber hinaus muss das Tarifvertragsgesetz weiterentwickelt werden, um Bündnisse für Arbeit auf betrieblicher Ebene zu ermöglichen. Leiharbeit muss wieder attraktiv gemacht und der Abschluss befristeter Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden.“⁴ Noch klarer formuliert: „Um den Spielraum für betriebliche Bündnisse für Arbeit zu erweitern, müssen neben Lohn und Arbeitszeit auch individuelle Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden.“⁵

Diese Positionen werden vom Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, ebenso wie von andere Spitzenpolitikern der Unionsparteien aufgegriffen und bekräftigt. So z.B. im Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Arbeit für alle - Konzepte für mehr Beschäftigung.“⁶ Der Anspruch auf Teilzeitarbeit und die Reform der Betriebsverfassung müssten zurückgenommen, die Möglichkeiten zu betrieblichen Bündnissen für Arbeit mit Tarifvertragsgesetz sowie Erleichterungen für befristete Arbeit und Leiharbeit geschaffen, und der Niedriglohnbereich müsse generell attraktiver gemacht werden, heißt es dort kurz und bündig.⁷ Damit wird die durch das Grundgesetz garantierte Tarifautonomie faktisch beseitigt. Klar äußerten sich auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Friedhelm Merz, und Edmund Stoiber selbst auf dem Kongress „Arbeit für alle - Konzepte für mehr Beschäftigung“ am 6. März in Gelsenkirchen.⁸ Und die CDU-regierten Länder machen sich diese Positionen voll inhaltlich zu Eigen, wie ein Antrag der Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Sachsen und Thüringen vom 22. Februar 2002⁹ deutlich macht. Zur Steuer- und Haushaltspolitik reicht eine knappe Aussage Edmund Stoibers: „Unser Programm dafür heißt „Drei mal 40“: Weniger als 40 Prozent Steuerbelastung, weniger als 40 Prozent Lohnabzüge für die Sozialversicherung; und weniger als 40 Prozent Staatsquote.“¹⁰

Diese wenigen Beispiele zeigen, in welche Richtung eine Neuauflage einer CDU/CSU- und FDP-Koalition führen würde. Es geht um den Abbau von Sozialstaat und Tarifautonomie, um die Einschränkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, um forcierte Deregulierung und Privatisierung. Mit Edmund Stoiber als Bundeskanzler gäbe es weder in Deutschland noch in Europa die Chance auf sozialstaatliche und ökologische Reformen, auf mehr Beteiligung und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Ganz im Gegenteil, minimale Reformen

4 Antrag der CDU/CSU vom 23.1.2002, Deutscher Bundestag Drucksache 14/8041.

5 Antrag CDU/CSU vom 19.2.2002, Deutscher Bundestag Drucksache 14/8267.

6 Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Berlin, Februar 2002.

7 Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, S. 9/10.

8 Vgl. Redemansukripte.

9 Bundesrat Drucksache 148/02.

10 Die Welt vom 29.11.2001.

würden zurückgenommen; Schutz-, Beteiligungs- und Gestaltungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich abgebaut.

Perspektiven für die Zukunft – gewerkschaftliche Leitziele

Die Gewerkschaften nennen ihre Leitziele und Forderungen an die Parteien rechtzeitig - um Wahlprogramme und Wahlkämpfe zu beeinflussen. Die Parteien entscheiden, was sich davon in ihren Wahlprogrammen wieder findet.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine andere Verteilung der Arbeit müssen im Zentrum der Politik einer neuen Bundesregierung stehen. Darauf muss die Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik zielen. Über vier Millionen Arbeitslose mahnen eine Wende in der Beschäftigungspolitik an und erfordern eine Steigerung der öffentlichen Investitionen. Der von Rot-grün forcierte Konsolidierungskurs ist schädlich für Wachstum und Beschäftigung. Eine Politik der Vollbeschäftigung sichert den Menschen nicht nur eigenständiges Einkommen, sondern ist die wichtigste Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Eine schlechte Infrastruktur, z.B. in den Bereichen Bildung, Verkehr, Kultur und Freizeit belastet künftige Generationen stärker als Schulden der öffentlichen Haushalte!

Der Sozialstaat ist eine große politische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Ein wirksamer Sozialstaat ist - wie in der Vergangenheit - auch in Zukunft die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg und die demokratische Stabilität Deutschlands.

Die Erneuerung des Sozialstaates muss die Gerechtigkeitslücke schließen, die sozialen Sicherungssysteme kostengünstiger und leistungsfähiger gestalten und Ausgrenzungen aus der Gesellschaft verhindern. Risiken aus Krankheit und Arbeitslosigkeit dürfen nicht privatisiert werden, Erziehung von Kindern und ein höheres Lebensalter dürfen nicht zur Armut und Ausgrenzung führen.

Eine zukunftsorientierte Sozialstaatspolitik erfordert, die solidarische Finanzierung des Sozialstaates auszubauen und alle Gruppen von Erwerbstätigen einzubeziehen. Ein modernes, demokratisches Gesundheitswesen muss die Versorgungsqualität und Prävention fördern, paritätisch finanziert bleiben und die Trennung zwischen Wahl- und Regelleistungen vermeiden.

Durch die Besteuerung von Vermögen und die ausgewogene Belastung der Einkommen kann einerseits ein Beitrag zur Gerechtigkeit im Steuersystem geleistet und andererseits die Finanzierung von Angeboten der sozialen und kulturellen Daseinvorsorge sichergestellt werden.

Gerechtigkeit verwirklichen und Ausgrenzung verhindern sind für Gewerkschaften die zentralen Maßstäbe bei der Beurteilung der Gesellschaftsentwürfe der politischen Parteien. Gerechtigkeit und Integration, Fairness und Teilhabe schaffen in einer Gesellschaft das Klima, in dem der Wettbewerb möglichst vieler um kreative Lösungen und innovative Ideen gedeihen kann. Wer dieses gesellschaftliche Grundkapital aufbraucht, der zerstört die Problemlösungs- und Zukunftskompetenz.

Gewerkschaften wollen, dass die Menschen, die Familien und die Kinder, dass die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört sowohl die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und -bürger als auch die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen dem Ost und West in Deutschland.

Der *Zugang zu Bildung für alle und während ihres ganzen Lebens* wird in der vielbeschwoeren Wissensgesellschaft zur Schlüsselfrage für die Lebenschancen und Arbeitsmöglichkeiten der Menschen. Dafür zu sorgen bleibt eine herausragende Aufgabe des Staates. Die Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen, die Gesamtschule als Regelschule, die soziale Durchlässigkeit der Bildungswege, die Förderung der verschiedenen Fähigkeiten, der Ausbau der beruflichen und der allgemeinen Weiterbildung und eine konsequente Qualitätssicherung bei den Bildungseinrichtungen sind Schlüsselfragen für Chancengleichheit in der Bildung. Individuelle Verantwortung für Erhalt und Erneuerung der eigenen Qualifikation müssen sicher gefördert, der Staat und die Unternehmen dürfen aber nicht aus ihrer originären Verantwortung entlassen werden.

Eine zukunftsorientierte Politik erfordert, die *Gleichstellung von Frauen* voranzubringen und die *Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie für Männer und Frauen* möglich zu machen. Dafür sind arbeitsmarktpolitische Gründe ebenso entscheidend wie emanzipationspolitische. Das erfordert eine gerechtere Verteilung der Erwerbs- und Eigenarbeit zwischen den Geschlechtern und eine andere Organisation der Erwerbsarbeit. Eine gleichstellungs- und familienorientierte Arbeitszeitpolitik ist hierbei ebenso wichtig wie es die Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche sind.

Die Gleichstellung der Geschlechter in Gesellschaft und Wirtschaft voranzubringen, ist der gesellschaftspolitische Gestaltungsauftrag der nächsten Legislaturperiode, der in allen Politikbereichen sichtbar werden muss: bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, bei der Erneuerung des Sozialstaats, in der Bildungs- und Weiterbildungspolitik.

Nicht zuletzt geht es auch *um den Ausbau von Zivilgesellschaft und Demokratie, die Sicherung und Stärkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten*, auch auf europäischer und internationaler Ebene. Dafür ist das Engagement einer künftigen Bundesregierung in der Europäischen Union und bei den globalen Handels- und Finanzinstitutionen erforderlich.

Die Tarifautonomie, wie sie im Grundgesetz verankert ist, darf in keiner Weise beeinträchtigt werden. Sie soll durch Wiederherstellung des vollen Streikrechts der Gewerkschaften und der Einführung eines Verbandsklagerechts gestärkt werden.

Eine neue Bundesregierung sollte sich in der Europäischen Union z.B. für den Vorrang des Beschäftigungsziels, für eine europäische Wirtschaftsregierung, für mehr Demokratie in den politischen Strukturen, für eine sozialstaatliche Gestaltung und den Ausbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten einsetzen. Entsprechende Ziele und Rechte gehören auch in eine europäische Verfassung.

Die internationalen Finanzmarktinstitutionen (Weltbank, Währungsfonds) sind gegenüber den internationalen Finanzmärkten zu stärken und zu demokratisieren. Soziale und ökologische Mindeststandards (z.B. Kernarbeitsnormen der ILO) sind in das Regelwerk der WTO für den Welthandel verbindlich aufzunehmen. Von einer neuen Bundesregierung muss erwartet werden, dass sie sich für eine Stärkung der UNO und für eine Reform der Welthandels- und Finanzinstitutionen einsetzt. Dies sind auch wichtige Voraussetzungen im Kampf gegen internationalen Terror und für die Sicherung des Friedens.

Schlussbemerkung

Eine vergleichende Bewertung zeigt, dass die rot-grüne Alternative deutliche Vorteile gegenüber den schwarz-gelben Herausforderern hat: Die zentrale Forderungen der Uni-

onsparteien und ihres Kanzlerkandidaten zielen auf eine radikale Verschlechterung der industriellen Beziehungen und des kollektiven Arbeitsrechts. Die Positionen in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik sind meilenweit von denen der Gewerkschaften entfernt.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat dagegen das Tarifrecht nicht angetastet, das gesetzliche Arbeitsrecht im Arbeitnehmerinteresse verbessert und die betriebliche Mitbestimmung ausgeweitet. Das ist in einer Zeit von Deregulierungswahn und Mitbestimmungsfeindschaft eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung! Aber richtig ist auch: Im Mittelpunkt der Regierungspolitik standen nicht Arbeit, Gerechtigkeit und Innovation, sondern stand die Spar- und Konsolidierungspolitik. Außenpolitische Entscheidungen haben oft einen höheren Stellenwert als wirtschafts- und beschäftigungspolitische Reformen.

Eine SPD-geführte Bundesregierung ist auf jeden Fall das *kleinere Übel* gegenüber einer CDU/CSU-dominierten. Aber reicht das aus, um Menschen zu begeistern, um die Unterstützung für eine Wiederwahl zu mobilisieren? 1998 wurde in einer SPD-geführten Bundesregierung eindeutig die *größere Chance* für ein sozial-ökologisches Reformprojekt gesehen, eine Alternative zu einer Politik und Gesellschaft unter der Hegemonie des neoliberalen Zeitgeistes. Das wurde nicht eingelöst.

In meinem Referat vor dem Bundesausschuss der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen am 1. Februar 2002 sind drei zentrale Aussagen enthalten:

- Die Bilanz der rot-grünen Politik ist zwiespältig. Wichtigen Erfolgen aus der Sicht der Gewerkschaften stehen auch gravierende Mängel gegenüber.
- Das Strategiepapier „Die Politik der Mitte“ ist aus der Sicht der Gewerkschaften als Wahlkampfgrundlage unbrauchbar. Ein reiner Anti-Stoiber-Wahlkampf wird nicht für einen Wahlerfolg der SPD ausreichen, da er keine positive Mobilisierung ermöglicht.
- Die SPD muss politische Projekte für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ihr Programm aufnehmen, mit denen sich betriebliche und gewerkschaftliche Multiplikatoren identifizieren können. Dazu habe ich Vorschläge gemacht, die in den sozialdemokratischen Reaktionen leider kaum aufgegriffen worden sind.

Diese Aussagen gelten auch heute noch. Diese Die SPD hat unverändert die Chance, einige der genannten Projekte in ihrem Wahl- oder Regierungsprogramm aufzugreifen. Sie könnte deutlich erkennen lassen, dass sie zu einem modernen sozialdemokratischen Konzept von Wohlfahrtsgesellschaft mit einer strukturellen und normativen Alternative zum Neoliberalismus¹¹ bereit ist. Dann wäre sie in der Tat nicht nur das kleinere Übel, sondern die *größere Chance aus der Sicht der Gewerkschaften*.

11 Vgl. W. Schröder/Th. Koch, Auf dem Kurs zu einer Nacharbeitnehmer-Partei?, Dokumentation, Frankfurter Rundschau vom 10.01.2002.